

## Schweiz

### Wirtschaftsstandort Schweiz



**Kommentar** Res Strehle, Chefredaktor, zum Vorschlag eines Pakts für die Stärkung der Schweizer Wirtschaft.

## Im Pakt fehlen Linke und Grüne

Not macht initiativ. Gestern präsentierte Sergio Ermotti sein Programm für weniger Regulierung und ein wirtschaftsfreundlicheres Klima in der Schweiz. Damit will der UBS-Chef die Schweiz trotz starkem Franken davor bewahren, dass Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden, Rezession und neue Wachstumsschwäche drohen. Und seiner Grossbank neue Regulierungen.

Die Präsidenten von SVP und FDP begrüsst den Vorschlag umgehend. Sie wollen auch die CVP in den Deregulierungspakt einbinden. Aber warum nicht auch die Linken und Grünen? Ihre aktuelle Empörung über Ermottis Vorschlag ist nachvollziehbar, weil sie befürchten, dass mit dem Deregulierungsschub einseitig Opfer

verlangt werden, die Energiewende gestoppt und die Grossbanken für ihre Verantwortung in der Finanzkrise nicht weiter behelligt werden sollen.

Das Argument, dass Linke und Grüne traditionell eben für Eingriffe in die Wirtschaft stünden, überzeugt jedoch nicht. Die grösste Regulierungsknacknuss mit bis heute ungelösten Folgen «verdankt» die Schweizer Wirtschaft dem von der SVP initiierten Ja gegen die EU-Freizügigkeit vom vergangenen Februar. Und auch dass Parallelimporte nur teilliberalisiert sind, ist keine linke Erfindung.

Kommt dazu, dass weder die Finanzkrise von 2008 noch die dringliche Energiewende Folge von zu viel Regulierung waren, sondern von unzureichender Regulierung in diesen

Sektoren. Auch die Ausnützung von Steuerschlupflöchern durch multinationale Unternehmen hat mehr mit der Deregulierung von Finanzplätzen zu tun als mit Steuerhöhlen in den Herkunftsländern. Natürlich gibt es auch unsinnige neue Initiativen zur Regulierung, wie die von Ermotti zu Recht zurückgewiesene Absicht, in der modernen Arbeitswelt mit ihren neuen Freiheiten die Arbeitszeit wieder so lückenlos zu erfassen wie in den Zeiten der Stempeluhr.

Wenn der vorgeschlagene Pakt glaubwürdig und mehrheitsfähig sein soll, werden alle Seiten miteinbezogen werden müssen. Um mit den vernünftigsten Ideen eine jener Lösungen zu finden, die einst das Erfolgsmodell Schweiz begründeten.

## Wie in der «Weissbuch»-Ära

Der Vorstoss von UBS-Chef Sergio Ermotti erinnert an Wirtschaftsführer in den Neunzigern, die ebenfalls heftige Gegenreaktionen provozierten.

### Markus Diem Meier

Die Schweizer Wirtschaft sei «auf dem harten Boden einer «neuen» Realität gelandet», hat Sergio Ermotti, der Chef der Grossbank UBS, gestern im TA geschrieben. Sie könne ihren Erfolgskurs unter den neuen härteren Umständen nur fortsetzen, «wenn ihr die dazu nötigen wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen gewährt werden», schreibt der UBS-Chef weiter und betont: «Wir dürfen keine Zeit verlieren.»

Ermottis Text hat historische Symbolkraft. Er erinnert an die 1990er- und frühen 2000er-Jahre, als Schweizer Wirtschaftsführer ebenfalls Gefahren für das Land orteten und grundlegende wirtschaftsfreundliche Reformen forderten - aber auch Anpassungen am Politsystem. Allen Vorstössen gemeinsam war der Umstand, dass sie während konjunkturellen Krisen vorgebracht wurden. Die Analyse der Konzernchefs lautete aber, dass die Strukturen im Land grundsätzlich morsch seien. Zusammengefasst wurde der Abbau von Regulierungen, weniger Mitsprachemöglichkeiten, eine Begrenzung des Sozialstaats, eine Öffnung des Arbeitsmarkts und generell mehr Markt in allen Bereichen gefordert.

### «Mut zum Aufbruch»

Besondere Bedeutung hatten die sogenannten Weissbücher: Das erste hat 1991 der St. Galler Ökonom Peter Moser unter dem Titel «Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb. Eine ordnungspolitische Analyse» verfasst. Den Auftrag für das Werk gab die Max-Schmidheiny-Stiftung. Die Industriellen Thomas und Stephan Schmidheiny setzten sich neben 17 anderen Ökonomen, Polit- und Wirtschaftsvertretern an vorderster Front für die dort geforderten Reformen ein. Pikant war, dass sich ihr Zementimperium selbst fehlenden Marktstrukturen - das heisst Monopol- und Oligopolmacht - verdankt.

Auch beim zweiten Weissbuch von 1995 («Mut zum Aufbruch») waren die

Schmidheiny mit dabei, neben weiteren Wirtschaftsgrößen wie Joseph Ackermann (Kreditanstalt), Alex Krauer (Ciba Geigy), Helmut Maucher (Nestlé), Robert Studer (Bankgesellschaft) und Georges Blum (Bankverein). Wichtigster Protagonist war der mittlerweile verstorbene einstige ABB-Co-Präsident David De Pury. Beide Weissbücher fielen in die Zeit nach dem Platzen der Immobilienblase zu Beginn der 1990er-Jahre und einer stark restriktiven Geldpolitik der Nationalbank vor allem zu Beginn des Jahrzehnts. Die Arbeitslosigkeit stieg stark an. Die Wahrnehmung von grundlegenden Fehlentwicklungen im Land schien daher nicht abwegig.

### Kritik am Politsystem Schweiz

Dass die Vorstösse der Wirtschaftsführer zu heftigen Gegenreaktionen geführt haben, lag nicht allein an den Forderungen. Eine Reihe davon erwies sich über die Zeit als mehrheitsfähig und wurde umgesetzt, etwa die Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts. Es war vor allem die Tonalität der Vorstösse: Das politische System Schweiz mit seinen Mitwirkungsmöglichkeiten und der direkten Demokratie erscheint in diesen Texten als nicht mehr zeitgemäss, um den Anforderungen der Märkte und der Globalisierung zu genügen.

Am deutlichsten zeigte sich das in einem Text, den CS-Chef Lukas Mühlemann 2000 im «Magazin» des TA veröffentlichte. Schon der Titel gab die Richtung vor: «Was die Politik von einem Unternehmen lernen muss». Konkordanz, direkte Demokratie und Mitspracherechte verurteilte Mühlemann als zu langsam für die Erfordernisse der modernen Wirtschaft. Er forderte eine «präsidiale Führung» mit einem «politisch homogenen Kabinett». Es war Ironie des Schicksals, dass Mühlemann dann wegen der eigenen Ballung von Macht an der Spitze der CS - er war Konzernchef und Verwaltungsratspräsident - immer mehr unter Druck geriet. Nicht zuletzt geriet die Grossbank unter ihm immer stärker in die Krise. Eine noch bitterere

Ironie des Schicksals war das Grounding der Swissair 2001 und der Untergang der einst stolzen Fluggesellschaft. Die Wirtschaftsführer, die der Politik das richtige Führen lehren wollten, demonstrierten in ihrem eigenen Fachgebiet ein besonders drastisches Versagen.

Die Belehrungen der Wirtschaftsführer in den vergangenen beiden Jahrzehnten haben aber nicht nur mit der Lage der Schweizer Wirtschaft zu tun, sondern auch mit der vorherrschenden Ideologie jener Zeit, die mit der Finanzkrise einen herben Dämpfer erhalten hat. Die ungehinderte Freiheit der Märkte ging über alles. Regulierungen galten als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung - auch im Finanzbereich. Die dadurch missachteten Fehlentwicklungen führten schliesslich zur grössten Weltwirtschaftskrise seit der grossen Depression der 1930er-Jahre. Vorstösse in der Art der Weissbücher gab es nach dieser Krise keine mehr - bis Sergio Ermotti nun seinen Forderungskatalog veröffentlicht hat.

### Wacht die Wirtschaft auf?

Was Ermottis Vorstoss bedeutet

Der Kommunikationsexperte Peter Stücheli-Herlach ist erfreut über Sergio Ermottis Beitrag: «Er zeigt, dass etwas in Bewegung gekommen ist», sagt Stücheli-Herlach im Interview mit dem TA. Der Schock der SVP-Initiative habe offenbar gewirkt. Die Wirtschaftsführer hätten gemerkt, dass sie sich stärker in den politischen Prozess einbringen müssen. Stücheli-Herlach hofft, «dass dies keine einmalige Aktion bleibt, sondern zu einem dauerhaften Engagement wird» - auch wenn er die Forderungen von Ermotti inhaltlich kritisiert. Das Politikbild des UBS-Chefs bezeichnet er zudem als wenig realistisch: Er lasse kaum Bereitschaft zum Diskurs erkennen. (fko)



«Überfällig» Der Experte zu Ermottis Vorstoss im Interview

stuecheli.tagesanzeiger.ch

## «Es besteht Gr

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf geht Bundes nötig werden. Dennoch führe kein Weg an

Mit Eveline Widmer-Schlumpf sprachen Daniel Foppa und Janine Hosp

**Die UBS zahlt keine Gewinnsteuern, wurde vom Staat gerettet und wegen Devisenmanipulationen gebüsst. Nun fordert CEO Sergio Ermotti weniger Steuern und freiere Märkte. Was sagen Sie dazu?**

Die Schweiz ist bereits ein guter Wirtschafts- und auch Steuerstandort. Mit der geplanten Unternehmenssteuerreform III werden wir noch besser.

**Ermotti kritisiert den Bundesrat, weil das Finanzdienstleistungsgesetz Überregulierungen bringe und die Aktienrechtsrevision die unternehmerische Freiheit unnötig einschränke.**

Wir setzen uns dafür ein, das regulatorische Umfeld demjenigen in Europa anzugleichen. Dies war und ist auch ein Anliegen der Banken. Wichtig sind insbesondere stabile Rahmenbedingungen. Daran arbeiten wir.

**Letzte Woche haben Sie für 2014 ein Defizit von 124 Millionen Franken angekündigt. Hinzu kommt die Konjunkturabschwächung wegen der Frankenaufwertung - müssen wir uns an rote Zahlen gewöhnen?**

Nein, das müssen wir nicht. Die Situation ist schwierig, aber nicht völlig überraschend. Bereits im Sommer haben wir aufgezeigt, dass es in diese Richtung geht. Wir analysieren die Gründe und legen sie Ende März dem Bundesrat vor.

**Ohne Gegenmassnahmen rechnen Sie mit strukturellen Defiziten von 1,4 Milliarden für 2016 und 1,2 Milliarden für 2017. Das sind erschreckende Zahlen.**

Der Bundesrat will als Gegenmassnahme das Wachstum bei jenen Ausgaben, die von der unerwartet tiefen Teuerung profitierten, um 3 Prozent kürzen. Zudem soll der Personalbestand für 2016 auf dem Stand von 2015 eingefroren werden. Gleichzeitig ist das Parlament gefordert, das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket anzunehmen. Es besteht Grund zur Besorgnis. Aber kein Grund für Alarmismus.

**Laut «SonntagsZeitung» wollten Sie beim Personal noch mehr sparen.**

Ich habe eine Plafonierung vorgeschlagen. Kürzen heisst in diesem Fall, nicht so viel Geld ausgeben wie geplant.

**Ist die Frankenaufwertung in diesem Finanzplan berücksichtigt?**

Es wäre unseriös, bereits jetzt Zahlen zu den Folgen der Frankenaufwertung vorzulegen. Ich gehe jedoch davon aus, dass wir am Finanzplan noch grössere Anpassungen vornehmen müssen. Ende März wird die Arbeitsgruppe Konjunkturprognosen des Bundes ihre Prognosen aktualisieren. Wir werden, darauf gestützt, bis Ende Juni das Budget überarbeiten.

**Es kommt also noch schlimmer.**

Das kann man so nicht sagen. Die negative Teuerung wird zwar geringere Steuereinnahmen zur Folge haben. Die Frankenaufwertung bringt aber auch Vorteile - etwa den billigeren Import von Gütern. In gewissen Unternehmen wird der Verlust beim Export durch den Gewinn beim Import kompensiert werden. In ein paar Monaten werden wir mehr wissen.

**Weiss man dann auch, wie stark die Unternehmenssteuerreform II und die Reform der Familienbesteuerung zum Defizit 2014 beigetragen haben?**

Heute wissen wir, dass alle Entlastungen bei den Familien zu Mindereinnahmen von 900 Millionen beim Bund und 2,2 Milliarden bei den Kantonen geführt haben. Wie viel davon auf die Reform von 2011 zurückzuführen ist, wird eru-



«Prüfen, ob wir Steuerabzüge durch Gutschriften

iert. Ebenso wie die Folgen der Unternehmenssteuerreform II.

**Bei der Unternehmenssteuerreform II wurden die Steuerausfälle vor der Abstimmung massiv zu tief angegeben. Wie wollen Sie das Parlament und allenfalls das Volk von der Unternehmenssteuerreform III überzeugen?**

Die Frage ist nicht, ob wir diese Reform gerne umsetzen. Sondern, was geschieht, wenn wir sie nicht umsetzen. Die internationalen Unternehmen brauchen Klarheit. Ich kenne Firmen, die ausländische Standorte aufbauen, weil aus ihrer Sicht zu viel Unsicherheit besteht, wie sie hier künftig besteuert werden.

# und zur Besorgnis»

davon aus, dass wegen der Frankenaufwertung grössere Anpassungen am Finanzplan des der milliardenteuren Unternehmenssteuerreform III vorbei.



ersetzen sollen»: BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Foto: Raffael Waldner (I3 Photo)

Vor einer allfälligen Abstimmung werden wir aufzeigen, wie hoch die erwarteten Steuerausfälle sind. Und auch, welche Effekte nicht quantifizierbar sind. So entscheiden die Kantone, wie stark sie die Gewinnsteuern senken. Wir rechnen mit einem Mittel von 16 Prozent - aber jeder Kanton wird die Höhe selber festlegen. Zudem wird die Unternehmenssteuerreform III für mehr Steuergerechtigkeit sorgen.

## Inwiefern?

Heute besteuert der Bund den ausgeschütteten Gewinn aus Dividenden zu 60 Prozent. Künftig sollen es 70 Prozent sein. Zudem können Firmen heute ihre Verluste über sieben Jahre verrechnen.

Wir schlagen vor, dass sie künftig jedes Jahr mindestens 20 Prozent des Gewinns versteuern müssen. Das würde verhindern, dass gewisse Unternehmen wie heute über viele Jahre trotz Gewinn keine Gewinnsteuern zahlen.

## Müsste man die Verlustverrechnung nicht grundsätzlich diskutieren? Derzeit können Banken auch Bussen von den Steuern abziehen.

Die Berücksichtigung von Verlusten ist richtig. Sie stellt sicher, dass Unternehmen gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Eine andere Frage ist hingegen, ob Bussen steuerlich abzugsfähig sein sollen. Solche Bussen bestehen aus einer Wert-

abschöpfungskomponente und einer eigentlichen Busse für das strafbare Handeln. Praxis des Bundes ist es, dass die Wertabschöpfung von den Steuern abgezogen werden kann - die Busse aber nicht. Auch einzelne Kantone handhaben das so. Gesetzlich festgehalten ist diese Praxis jedoch nicht, was vom Verwaltungsgericht Zürich bemängelt wurde. Wir arbeiten deshalb an einem Gesetzesvorschlag, um diese Praxis auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene festzusetzen. Denn es ist schlicht nicht haltbar, eigentliche Bussen von den Steuern abzuziehen.

## Wann wird der Bundesrat diesen Gesetzesvorschlag vorlegen?

Die Vorarbeiten sind derzeit im Gang. Ein konkreter Zeitpunkt, wann die Änderungen vorgelegt werden, steht noch nicht fest.

## «Es ist nicht haltbar, Bussen von den Steuern abzuziehen.»

## Wer soll die Unternehmenssteuerreform III finanzieren, die voraussichtlich zu Ausfällen von 1,7 Milliarden führt? Firmen und Aktionäre mit der Kapitalgewinnsteuer oder die Allgemeinheit?

Am Ende muss es ein vernünftiger Mix sein: Bis 2019 wollen wir einen strukturellen Überschuss von 1 Milliarde aufbauen. Sparmassnahmen sind dazu vorerst keine notwendig. Aber einige Ausgaben werden weniger stark wachsen. Auf der Einnahmenseite stehen Massnahmen wie die Kapitalgewinnsteuer zur Diskussion. Ob es am Ende wirklich die Kapitalgewinnsteuer sein wird, die als Gegenfinanzierung geeignet wäre, ist offen.

## Werden natürliche Personen wegen der Unternehmenssteuerreform III mehr Steuern zahlen müssen?

Wenn wir es schaffen, strukturelle Überschüsse aufzubauen, nicht unbedingt. Ich wehre mich jedenfalls dagegen, dass wir die Reform über die Mehrwertsteuer finanzieren. Wir brauchen sie für die AHV. Am Ende wird das Parlament entscheiden, welche der vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt werden sollen. Wir haben bewusst alle Ideen in die Vernehmlassung aufgenommen, die ernsthaft diskutiert worden sind. Denn wir wollten nicht riskieren, dass im Parlament jemand mit einer neuen Idee kommt - und wir unter Umständen nochmals eine Vernehmlassung durchführen müssen.

## Haben Sie aus dem Fehler Ihres Vorgängers Hans-Rudolf Merz gelernt, der beim Steuerpaket den Ausgleich der kalten Progression vergessen hatte?

Ich habe mir überlegt: Wo wurden Fehler gemacht, die nicht nochmals gemacht werden müssen? Die Vernehmlassung zur Verrechnungssteuer mussten wir zum Beispiel wiederholen, weil die Kommission neue Vorschläge geprüft haben wollte.

## Bei der Unternehmenssteuerreform III eilt es - die Unsicherheit unter den Firmen ist gross.

Ich führe oft Gespräche mit CEO von multinationalen Firmen. Ich erkläre ihnen, was wir aus politischer Sicht unbedingt in der Reform haben müssen. Sie sagen mir, was für sie auf keinen Fall geht. Sobald das Geschäft im Parlament ist, haben sie einen besseren Stand gegenüber ihrer Muttergesellschaft. Dann sehen sie, dass es vorwärtsgeht.

## Sie sagten, ein Eurokurs über 1.10 Franken wäre verkraftbar.

**Der Franken aber verharrt nahe der Parität. Was kann der Bund tun?** Bis im Juni werden wir abklären, welche Massnahmen allenfalls infrage kommen. Aber Konjunkturmassnahmen sind meist zu wenig zielgerichtet, um jene Unternehmen zu unterstützen, die darauf angewiesen sind.

## Intervenierte die Nationalbank eigentlich weiterhin, um den Frankenkurs zu stützen?

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das ist Sache der Nationalbank.

## Aber Sie wissen es.

Ich kann Ihnen nicht sagen, was die Nationalbank tut. Sie entscheidet selber, und das ist gut so.

## Die Steuerbelastung ist inzwischen zum Grosskampflplatz geworden. Reiche Kantone wie Zug rebellieren gegen den Finanzausgleich. Was muss geändert werden?

Nichts. Der Finanzausgleich ist eine Erfolgsgeschichte. Er richtet sich nach den möglichen Ressourcen eines Kantons und nicht nach seinen Steuererträgen.

## Aber der Widerstand ist heftiger als früher: Zug überlegt sich, einen Teil seiner Beiträge auf ein Sperrkonto einzuzahlen.

Das hängt damit zusammen, dass die Nehmerkantone nicht akzeptieren wollen, dass das System richtig ist und so funktioniert - und dass deshalb weniger Geld umverteilt werden kann. Ich verstehe den Unmut der Geberkantone.

## Der Bund würde wohl mehr Steuern einnehmen, wenn er nicht mehr allen Eltern Steuerabzüge gewährte, sondern wenn jene, die tatsächlich darauf angewiesen sind, eine Gutschrift bekämen.

Wir arbeiten an einem Bericht, in dem wir prüfen, ob wir die heutigen Steuerabzüge durch Gutschriften ersetzen sollen. Wenn man nicht einfach neue Abzüge erfinden will, muss man zu solchen Systemen wechseln. Und zwar nicht nur bei Familien, sondern grundsätzlich. Eltern mit höheren Einkommen profitieren viel stärker von Abzügen als jene mit tiefem Einkommen. Bekommen die Eltern hingegen für jedes Kind eine Gutschrift, ist dies viel gerechter.

## Das ist ein sehr linkes Anliegen, das Sie als BDP-Mitglied unterstützen.

Das haben wir in der Finanzdirektorenkonferenz schon vor zehn Jahren diskutiert. Da war ich selber noch in der SVP und für Steuergutschriften - wie auch andere bürgerliche Finanzdirektoren.

## Sie sollen eine entschiedene Gegnerin der gescheiterten Union von BDP und CVP gewesen sein.

Die Union mit der CVP wurde in den Kantonalparteien diskutiert. Diese waren mehrheitlich dagegen. Sie wollten selbstständig bleiben und ein eigenes Profil behalten.

## Haben Sie sich persönlich gegen die Union eingesetzt?

Das war eine Diskussion zwischen den Kantonalparteien und den Spitzen der Fraktionen von BDP und CVP. Ich bin nicht Mitglied der Fraktion.

**Sie wollen sich also nicht zu Ihrer Rolle beim Scheitern der Union äussern. Ihre politische Zukunft ist jedoch eng mit jener der BDP verknüpft. Stellen Sie sich im Dezember der Wiederwahl - egal, wie die BDP bei den Wahlen abschneidet? Das werde ich zum gegebenen Zeitpunkt bekannt geben. Es gibt zentralere Probleme in diesem Land, über die man reden muss, als meine Wiederwahl.**

## Ermotti bringt Linke in Wallung

Die Bürgerlichen sehen sich durch die Forderungen des UBS-Chefs bestätigt. Links-Grün kocht vor Wut.

### Raphaela Birrer

Bern

Sergio Ermottis Vorschläge stossen auf Zuspruch der bürgerlichen Parteien. Sie sehen sich in ihren Deregulierungsbemühungen bestätigt und wollen einen entsprechenden «Pakt» schliessen, wie SVP-Präsident Toni Brunner ankündigt. Auch FDP-Präsident Philipp Müller sagt, Ermottis Vorschläge entsprächen weitgehend dem FDP-Positionspapier gegen den starken Franken (TA von gestern).

Dem Wohlwollen auf der rechten Seite steht die Wut der Linken gegenüber: Die Forderungen seien «eine ungläubliche Frechheit», heisst es übereinstimmend. «Ermotti zeigt die gleiche Arroganz und setzt auf die gleichen untauglichen Rezepte wie sein Vorgänger Marcel Ospel», sagt SP-Präsident Christian Levrat. Für ihn hat der Topbanker weder die Legitimität noch die Glaubwürdigkeit, um politisch zu intervenieren: «Die UBS musste mit 60 Milliarden vom Staat gerettet werden, sie zahlt seit Jahren keine Steuern, sie schüttet weiterhin Boni in Milliardenhöhe aus - und diese UBS will der Politik Vorschriften machen?»

Auch Grünen-Co-Präsidentin Regula Rytz findet Ermottis Vorschläge «unverschämte». «Ausgerechnet ein mit Boni überschütteter Chef einer Bank, welche die Schweizer Volkswirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs brachte, will uns Politikern sagen, was wir zu tun haben.» Die Deregulierungsforderungen im Finanzbereich hält Rytz für kurzfristig - schliesslich habe die «selbstbereichernde, unverantwortliche» Unternehmenskultur der UBS zu rechtlichen Verschärfungen geführt.

### Selbst Teil des Problems

Die Absicht hinter Ermottis politischem Weckruf ist für Rytz klar: «Er nutzt die Unsicherheit nach dem Fehlscheid der SNB aus, um alte Rezepte aus dem Giftschränk zu holen.» Rytz' Diagnose ist überall im linken Lager zu hören: Da versuche einer, Kapital aus der Krise zu schlagen, sagt SP-Nationalrat Corrado Pardini. Die Forderungen seien respektlos gegenüber all jenen Angestellten, die um ihre Stelle bangten.

Ermottis Analyse sei zudem «kreuzfalsch», findet SP-Ständerätin Anita Fetz. «Nicht die geldpolitischen Massnahmen der SNB erschüttern die Schweizer Wirtschaft, sondern die Finanzindustrie mit ihren deregulierten Devisenspekulanten.» Ermottis Branche sei Teil des Problems. SP-Ständerat Roberto Zanetti wiederum zeigt sich enttäuscht ob der «geringen Substanz» des Papiers: Er vermisst konkrete Lösungsansätze und sagt augenzwinkernd: «Der UBS-Chef schreibt, die Banker wollten uns ihr Know-how zur Verfügung stellen. Doch die haben so schnell so viel Geld vernichtet - das bringt die Politik nicht fertig.»

### Opposition angekündigt

Ermotti schreibt unter anderem gegen die linke Erbschaftssteuerinitiative an, über die im Juni abgestimmt wird. Diese verlangt, dass Erbschaften über zwei Millionen und grössere Schenkungen mit einem einheitlichen Satz von 20 Prozent besteuert werden sollen. Für Pardini sind Ermottis Worte «Nebelpetarden, mit denen er von den wahren Problemen ablenken will». Schliesslich stamme die wirtschaftsfeindliche Initiative aus der Feder «seiner Kumpanen aus der SVP»: Die Zuwanderungsinitiative setze Tausende Arbeitsplätze aufs Spiel.

Dass sich die SVP für einen Deregulierungspakt einsetzen will, löst ebenfalls Kopfschütteln aus. «Dann soll die Partei bei der Landwirtschaft beginnen», so Pardini. SP-Chef Levrat kündigt Fundamentalopposition gegen Deregulierungsbestrebungen an: «Wir lassen nicht zu, dass die Steuerzahler und Arbeitnehmer für die Fehler der SNB und die Arroganz der Banken bezahlen müssen.»